

Bauern brauchen Unterstützung! – Den Gesprächen müssen Taten folgen

Fortsetzung von Seite 1

Von den steigenden Emissionsabgaben für Diesel oder den erhöhten Nutzungsentgelten für Strom sei ganz zu schweigen.

Weitere Probleme seien unter anderem die Zuschussstreichung für die landwirtschaftliche Unfallversicherung; die Steigerung der Maut und CO₂-Bepreisung; die Erhöhung der Abschreibungen auf neue Investitionen aufgrund steigender Investitionskosten; die Erhöhung der Pachten durch zunehmende Konkurrenz erneuerbarer Energien auf landwirtschaftlich genutzten Flächen; Bürokratie

Aber auch die Auflagen für die Tierhaltung und Pflanzenproduktion wurden beleuchtet.

Digitalisierung und überbordende Bürokratie

Ein weiteres Problemfeld sei: „... die Digitalisierung, denn wir Landwirte müssen uns mittlerweile mit Apps und Online-Plattformen herumschlagen, die uns eigentlich entlasten sollen – Die Entlastung ist noch nicht in der Praxis angekommen“, bemerkte Tom Bauch. Der Vizepräsident des Bauernverbandes, Udo Große, machte deutlich, dass das „unsägliche Flächenregister“ für die Bauern eine weitere Hürde darstelle, um überhaupt Anträge stellen zu können. Hier solle mit Augenmaß agiert werden. „Was man behördlich vermeint, durch Digitalisierung einsparen zu können, hat zu Mehraufwand geführt!“

Verpflichtende Dokumentationen von Pflanzenschutz-Ausbringungen innerhalb von zwei Tagen und vieles mehr bereiten den Bauern Kopfzerbrechen. Auch Agrardi- plomingenieurin Doreen Rath von der Agrar T & P GmbH Mockzig fragte: „Warum muss man alles digital hochladen? Und so zeitnah?

Wir dokumentieren für uns ohnehin alles. Wer das sehen will, soll doch vorbeikommen. Ich habe das Gefühl, wir werden kriminalisiert.“ Beifall ertete Tom Bauch mit der Bemerkung: „Früher waren die Ministerien und Landesämter mal Dienstleister der Wirtschaft ... Der Landwirt muss wieder ins Zentrum gestellt werden, damit er möglichst wenig Arbeit mit Bürokratie hat und nicht, damit die Ämter so wenig wie möglich Arbeit haben.“

Was meint der Landrat Uwe Melzer zur Flächenversiegelung?

Uwe Melzer (CDU) widmete sich vorwiegend diesem Thema und den erneuerbaren Energien, deren Ausbau er unterstütze und wofür es noch viel Potenzial in der Region gäbe. Geeignete Flächen seien dafür bereits versiegelte Flächen, Altlastenflächen, Dächer und bergbaulich veränderte Gebiete.

Mehr als kritisch sehe er Anträge, bei denen hochwertige Ackerböden mit mehr als 100 Hektar für Photovoltaik-Flächenanlagen (PV) genutzt werden sollen. Den berechtigten Protest gegen solche Planungen durch die Bevölkerung, viele landwirtschaftliche Betriebe, auch seiner eigenen Behörde, habe er wahrgenommen. Er habe mit Vertretern von Kommunen gesprochen, da die Kommunen durch ihre Planungshoheit letztlich die Entscheidung treffen müssen, welche Flächen in der Gemeinde für PV-Nutzung ausgewiesen werden sollen. Um diesen Prozess zu befrieden, will der Landkreis mit allen zugehörigen Stellen ein komplettes PV-Konzept erarbeiten und entsprechende Flächen ausweisen, die geeignet seien. Ähnlich solle auch mit Windkraftanlagen verfahren werden, um die gesteckten Ziele erreichen zu können.

70 Prozent der Altenburger Ackerböden sind sehr fruchtbar

Woran könne man das erkennen? Dies spiegele sich im guten Wasserhaltevermögen, der guten Durchlüftung und der guten Bearbeitbarkeit wider. Kurz gesagt: Beim Pflanzenanbau könnten hohe Erträge mit guter Qualität erzeugt werden. Zum eigentlichen Thema der Versammlung „Boden erleben! Landwirtschaftlich genutzte Flächen schützen“ bereicherten die beiden Gastreferenten Tino Ryll und Dr. Norman Gentsch durch ihre Erfahrungen und Kenntnisse mit „Regenerativer Landwirtschaft in Trockengebieten“ und „Lössböden in Mitteldeutschland ...“

Ein kleiner Lichtblick aus Brüssel an diesem Tag

Der Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Infrastruktur und

Landwirtschaft, Torsten Weil (Die Linke), konnte bestätigen, dass die Landwirte in der EU 2024 keine Ackerflächen stilllegen müssen und dies von der Bundesregierung auch 1 : 1 umgesetzt werde. Die EU-Kommission hatte eine umfassende Ausnahmeregelung erlassen. Die Pflicht zur Stilllegung von mindestens vier Prozent der Ackerflächen wird für 2024 ausgesetzt. Verbindlich wird die Verordnung erst Ende März in Thüringen, wahrscheinlich zu spät für die vorbereitenden Bodenbearbeitungen.

Von den Ausführungen des Thüringer Ministers für Umwelt, Energie und Naturschutz, Bernhard Stengele (Die Grünen), blieb u.a. eines in Erinnerung, dass er den „sagenhaft guten Kuchen“ der für das leibliche Wohl der Anwesenden sorgenden Landfrauen lobte.

Eingefangene Meinungen von Landwirten

„Der Bauer muss sehen, dass er sein Feld bestellen kann. Jetzt muss er extra jemanden fürs Büro einstellen. Beim Mittelstand ist es das Gleiche. Früher hat er sein Handwerk erledigt und die wenige Büroarbeit mitgemacht, das geht heute alles nicht mehr. Und dann wundern sich die Leute, wenn alles doppelt und dreifach so teuer ist.“ oder „Wir haben zu viele ‚Nichtsnutze‘!“ oder „Der Staat zockt uns ab. Das ist der Grund, woran alle kaputt gehen. Die Bürokratie wird immer mehr und muss zusätzlich bezahlt werden. Die Unternehmen verdienen das Geld und dann nimmt man es ihnen wieder weg.“ oder „Unsere Existenzen sind bedroht.“ – Ihr Fazit: Den Gesprächen müssen Taten folgen. **Ellen Peter**